

iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
JUNI 2025



TAKTGEBER, SPITZENREITER, CHAMPIONS

Europas wirtschaftliche Speerspitze –
und was Österreich davon lernen kann



INTERVIEW

Schwedische EU-Ministerin über
Standortstärken

Seite 2



OBERÖSTERREICH

Das war der Industrie-Empfang 2025

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

INDUSTRIEPOLITIK

Neue IV-Taskforce „Security &
Defence Industry“

Seite 4

„Innovationen sollen in Europa entstehen, statt nur importiert zu werden“

Jessica Rosencrantz ist Schwedens Ministerin für EU-Angelegenheiten und erklärt im Interview, warum ihr Land als Standort für Unternehmen attraktiv ist, welche Stärken Österreich und Schweden in engerer Zusammenarbeit ausspielen könnten und was es auf EU-Ebene braucht, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Schweden gehört seit vielen Jahren zu den zehn besten Ländern in der Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit und konnte sich im vergangenen Jahr sogar noch weiter verbessern. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für diesen Erfolg?

Jessica Rosencrantz: Schweden hat sich als attraktiver Standort für Unternehmen etabliert. Heute haben vier der zehn am schnellsten wachsenden Unternehmen Europas ihren Sitz in Stockholm. Schweden ist die Heimat von mehr als 40 Unicorns – darunter Spotify und Klarna – und weist damit die höchste Anzahl von Unicorns pro Kopf in Europa auf. In Schweden befindet sich außerdem das weltweit größte Unternehmen für grünen Stahl, das bereits Vorbestellungen in Höhe von sieben Milliarden Euro verzeichnen konnte.

Für diesen Erfolg gibt es viele Gründe. Die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, Skalierung und Innovation hat für die schwedische Regierung höchste Priorität – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Ein zentraler Faktor ist der schwedische Kapitalmarkt: Ohne Kapital keine Investitionen. Nahezu 90 Prozent des schwedischen Finanzvermögens sind in verschiedenen Finanzinstrumenten und -produkten angelegt, wie etwa in Aktien und Fonds für den Vermögensaufbau.

Schweden und Österreich verbindet eine starke und ausgewogene Wirtschaftsbeziehung. In welchen Bereichen könnten wir unsere Partnerschaft weiter vertiefen?

Es gibt eine Reihe von Sektoren, in denen sowohl Österreich als auch Schweden wirklich führend sind, allerdings mit leicht unterschiedlichen Schwerpunkten.



Jessica Rosencrantz und IV-Präsident Georg Knill im Haus der Industrie.

Genau hier sehe ich großes Potenzial, Kräfte zu bündeln und gezielt nach Synergien zu suchen. Ein gutes Beispiel ist die fortschrittliche Fertigung: Während Österreich ein bedeutender Lieferant von Maschinen ist, benötigen schwedische multinationale Unternehmen diese, um Autos, Lastwagen und andere Konsumgüter für den Weltmarkt zu produzieren. Ein weiterer vielversprechender Bereich ist der Finanzsektor: Schweden verfügt über eine äußerst dynamische Fintech-Szene mit innovativen Startups; in Österreich wiederum gibt es mehrere prominente Banken mit starkem Marktanteil in Mittel- und Osteuropa. Durch Kooperationen mit schwedischen Fintechs könnten österreichische Banken ihr Dienstleistungsangebot sowohl im Inland als auch in anderen europäischen Märkten gezielt erweitern.

Kurz gesagt: Österreich und Schweden zählen beide zu den führenden Ländern, wenn es um innovative Lösungen und

wettbewerbsfähige Unternehmen geht. Gemeinsam könnten wir eine treibende Kraft sein, um Europas Position in der Welt weiter zu stärken.

Da Sie für die EU-Agenda zuständig sind, möchten wir Sie fragen, was die aktuellen europapolitischen Prioritäten der schwedischen Regierung sind ...

Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist das Kernstück der EU-Politik-Agenda der schwedischen Regierung. Der Grund dafür ist klar: Nur mit einer starken und wachsenden Wirtschaft können wir die größten Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Dazu gehören unter anderem die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine, der Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie sowie das konsequente Vorantreiben der Klimaschutzzwecke.

Für die schwedische Regierung gibt es keine wichtigere Verpflichtung als die Unterstützung der Ukraine. Es geht um Freiheit, Frieden und Sicherheit – in der Ukraine, in Europa und in Schweden. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Ukraine heute in einer starken Position ist und sich weiterhin auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft befindet. Der aktuelle geopolitische Kontext hat auch dem EU-Erweiterungsprozess neuen Schwung verliehen; einem der strategisch wichtigsten Instrumente der EU zur Förderung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Europa ist stärker, wenn es geeint ist – und wenn die EU ihre Tür nicht öffnet, werden es andere Kräfte tun.

Die Frage der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist für die österreichische Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Daher möchten wir Sie abschließend fra-

gen: Welche Maßnahmen müssen Ihrer Meinung nach auf EU-Ebene ergriffen werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken?

Um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, müssen wir an verschiedenen Fronten gleichzeitig ansetzen. Wir müssen etwa die europäischen Kapitalmärkte stärken, Bürokratie abbauen und EU-Gesetze sowie -Verordnungen vereinfachen. Derzeit investieren Unternehmen zu viel Zeit und Ressourcen in die Erfüllung aufwendiger Vorschriften und Berichtspflichten – Zeit und Mittel, die stattdessen in Innovation oder Expansion fließen könnten.

Angesichts der Zölle der US-Regierung setzt sich Schweden für eine konsequent handelsfreundliche Agenda ein: Die EU sollte mehr Handelsabkommen mit mehr Ländern abschließen. Das verringert Risiken und eröffnet europäischen Unternehmen neue Märkte – eine Win-win-Situation. Ein weiteres zentrales Anliegen besteht darin, das volle Potenzial des europäischen Binnenmarkts auszuschöpfen. Laut dem Internationalen Währungsfonds entsprechen die derzeitigen Handelshemmnisse einem Zollniveau von bis zu 110 Prozent.

Schließlich müssen mehr EU-Mitgliedstaaten stärker in Forschung und Entwicklung investieren. Wir brauchen mehr qualifizierte Fachkräfte; und wir müssen Europa zu einem Kontinent machen, auf dem Innovationen entstehen – statt dass diese nur importiert werden.



Expertinnenmeinung von VALERIE GRUBER

Digitale Souveränität – nur ein teures Vergnügen?

Europa ist aktuell fast vollständig von Technologieanbietern aus anderen Staaten abhängig. Laut Experten ist Europas digitale Souveränität zwar noch erreichbar, wird aber teuer.

Europa importiert mehr als 80 Prozent der digitalen Technologien und Infrastrukturen aus Drittstaaten – das Thema Unabhängigkeit sollte also auch im Bereich der Digitalisierung unbedingt mitgedacht werden.

Aber was versteht man unter digitaler Souveränität? Das Konzept geht über technologische Unabhängigkeit hinaus: Nicht Autarkie ist anzustreben, sondern die Fähigkeit, Technologien von Dritten auf vorhersehbare und kontrollierbare Weise zu nutzen. Digitale Souveränität sollte es

ermöglichen, in der digitalen Welt selbstbestimmt zu handeln und sich dem Willen anderer Akteure widersetzen zu können.

Laut Experten ist Europas digitale Souveränität zwar noch erreichbar, wird aber teuer: Es wurde errechnet, dass Europa mindestens 300 Milliarden Euro investieren muss und mindestens zehn Jahre Zeit braucht, um ein eigenes technologisches Ökosystem aufzubauen. Unentbehrlich sind dabei Investitionen in künstliche Intelligenz, Quanteninformatik und Cloud-Infrastrukturen.

Allgemein sollte man, wie bei der Debatte um die strategische Autonomie in der Verteidigung, auf „derisking“ statt auf „decoupling“ setzen: Ganz von den USA und anderen Drittstaaten unabhängig zu werden wird vor allem in der nahen Zukunft kaum möglich sein. Aber natürlich sollten wir uns in Europa dafür einsetzen, dass europäische Exzellenz gefördert wird und valide Alternativen etwa zu US-Anbietern eine echte Chance bekommen.

Daher liegt es nun an den politischen Entscheidungsträgern, den Dialog mit der

ZUR PERSON

Valerie Gruber, Expertin für Europapolitik und Digitalisierung.

Industrie zu intensivieren und gemeinsame Strategien für eine resiliente und unabhängige digitale Zukunft zu entwickeln. Nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Forschung können wir die digitale Transformation Europas erfolgreich gestalten.

Da geht noch was ...

Egal ob bei den Energiepreisen oder den Pensionen – die Regierung kann bei Reformen ruhig beherzter zugreifen. Das Mondfenster von zwei Jahren, in denen keine Wahlen zu schlagen sind, sollte klug genutzt werden.



In den ersten 100 Tagen hat die Bundesregierung durchaus einiges bewegt. Es ist über alle ideologischen Gräben hinweg und ohne öffentlichen Zank gelungen, ein Doppelbudget für 2025 und 2026 aufzustellen. Es gibt ein gewisses Sparpaket – wenn auch ein stark einnahmenlastiges mit investitionsbremsenden Abgaben für einzelne Branchen –, erste Schritte einer Pensionsreform, einige Entlastungen für die Wirtschaft. Da sind gute Dinge dabei – eine Teilpension zum Beispiel, die das Weiterarbeiten in der Pension niederschwelliger macht; oder die Wiedereinführung der Strompreiskompensation, die in den kommenden zwei Jahren energieintensiven Unternehmen begrenzte Entlastung bringt. Das Lob muss in diesem Fall jedoch mit einem Aber versehen werden: Die Regierung hat ein Mondfenster von zwei

Jahren ohne Wahlen – das ist eine Chance für größere und große Strukturreformen, und dass es die braucht, darüber herrscht in breiten Kreisen Einigkeit. Es ist eine Chance, die vielleicht nicht so bald wiederkehrt, und sie sollte nun, nach dem Warmlaufen mit kleineren Reformen, dringend genutzt werden.

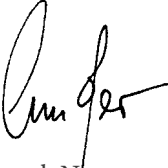
Große Reformen brauchen Zeit, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Wie sehr sich diese auszahlen, zeigt ein Blick auf andere EU-Länder, ein Blick auf die Spitzenreiter in Sachen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (siehe Coverstory, Seite 6–7): Dabei sticht Dänemark als durchaus mit Österreich vergleichbare Volkswirtschaft hervor – der Staat hat vor vielen Jahren begonnen, kluge Strukturreformen umzusetzen. Während in Österreich der Aufschrei groß ist, wenn es um die Frage geht, später in Pension zu

gehen, weil die Zahl unserer gesunden Lebensjahre (zum Glück!) deutlich gestiegen ist, liegt das gesetzliche Pensionsantrittsalter in Dänemark bereits bei 67 Jahren und steigt bis 2040 auf 70 Jahre. Die zugrunde liegende Reform dazu wurde bereits 2006 auf den Weg gebracht. Ein Jahr danach kam eine große Verwaltungsreform; seither gibt es nur noch 98 Gemeinden statt zuvor 271 und die 13 Landkreise wurden durch fünf Regionen ersetzt, die kein selbstständiges Besteuerungsrecht mehr haben.

Und auch bei den hohen Energiekosten, die energieintensive Industrieunternehmen massiv unter Druck bringen, kann man weitere Maßnahmen setzen. Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass die Strompreiskompensation in vielen anderen Ländern bis 2030 gewährt wurde – das schafft

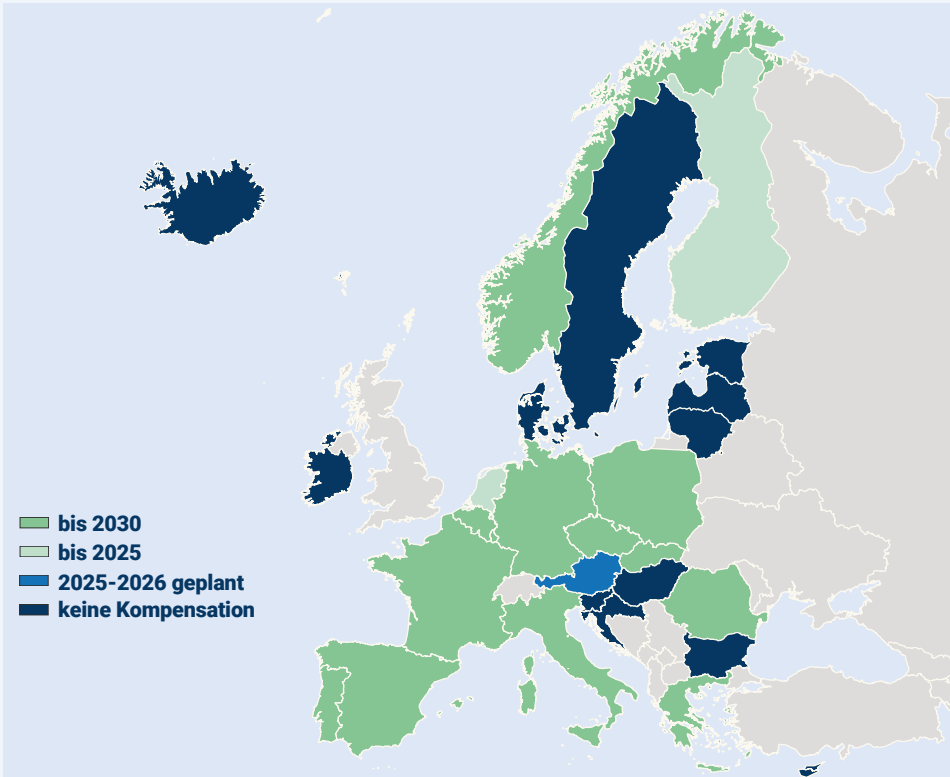
Planungssicherheit, an der wir nach 2027 weiter arbeiten müssen.

Es geht nicht darum, die Lösungsansätze anderer Länder unreflektiert zu kopieren – aber von dem Mut, auch die großen Brocken anzugreifen und das rechtzeitig zu tun, kann man sich ein großes Stück abschneiden. Österreich muss also nicht Dänemark werden, aber etwas mehr Dänemark würde Österreich nicht schaden.

Ihr 
Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Strompreiskompensation in Europa
Staaten mit und ohne genehmigte Strompreiskompensation sowie deren vorgesehene Dauer (Stand: 10.6.2025)



Quellen: Europäische Kommission, EFTA Surveillance Authority
Anmerkung: Es wurden nur Staaten betrachtet, die am EU-ETS teilnehmen.

Mit der Wiedereinführung der Strompreiskompensation für 2025 und 2026 schließt sich Österreich vorerst der Mehrheit der direkten Konkurrenzländer im EU-ETS an. Derzeit gewähren 15 europäische Länder eine solche Kompensation, davon 13 bis zur maximalen Laufzeit Ende 2030. Bereits 2022 erhielten energieintensive Unternehmen in Österreich befristet einen Ausgleich für indirekte CO₂-Kosten, die entstehen, wenn Energieversorger die Kosten für CO₂-Zertifikate auf die Strompreise umlegen.

Zahl des Monats

68,5 %

der 60- bis 64-jährigen Dänen sind noch erwerbstätig – im Vergleich dazu arbeiten nur mehr 35,7 % der Österreicher in derselben Altersgruppe. Auch unter den 65- bis 69-Jährigen ist in Dänemark fast jeder Dritte (31,0 %) erwerbstätig, während Österreich mit 11,0 % deutlich zurückliegt. Das aktuelle gesetzliche Pensionsantrittsalter in Dänemark beträgt 67 Jahre und wird bis 2040 auf 70 Jahre erhöht. In Österreich liegt es derzeit bei 65 Jahren für Männer und 60 bis 65 Jahren für Frauen. Eine Anpassung an die steigende Lebenserwartung ist auf absehbare Zeit nicht geplant.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: IV, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Markus Prantl, Helge Bauer, JI-Kärnten, NEUE, Knauf Insulation, IV Tirol / Oss, IV-Steiermark / Marija Kanizaj, TU-Graz, IV-NÖ / Rene Brunhölzl, IV-NÖ, Marius Hoefinger, Europa-Forum Wachau, Josef Bollwein, IV-Salzburg / Schwaighofer, Schweigert, Scheinast, IV-Burgenland, IV OÖ / Pelzl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Neue IV-Taskforce widmet sich der „Security & Defence Industry“

Die Industrie nimmt bei Sicherheit und Verteidigung eine wesentliche Rolle ein. Die Industriellenvereinigung setzt sich für eine stärkere Einbindung der Industrie in die Transformation der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik ein.

Die Industriellenvereinigung hat daher eine Taskforce ins Leben gerufen, um neuen Entwicklungen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung gerecht zu werden. Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik werden derzeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene neu ausgerichtet – etwa durch die österreichische Initiative „Mission Vorwärts“, das deutsche 500-Milliarden-Euro-Paket oder die europäische „Readiness 2030“-Initiative im Umfang von 800 Milliarden Euro.

Damit rücken sicherheits- und verteidigungsrelevante Themen auch verstärkt in den Fokus industrieller Mitgestaltung und Verantwortung. Die neue IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ setzt sich für eine stärkere Einbindung der Industrie in diesen Transformationsprozess ein.

Ziel ist es, Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie

konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrie in Österreich beitragen. Zugleich sollen die Potenziale des Industriestandorts Österreich durch gezielte zivil-militärische Synergien entlang der gesamten Wertschöpfungskette besser genutzt werden.

Kooperation, Beschaffung, Innovation

Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere der Ausbau industrieller Kooperationen, die strategische Nutzung von Offset Agreements sowie Fragen der Beschaffung in Sicherheits- und Wehrsystemen, der Verteidigungs- und Rüstungsbranche sowie spezialisierten Zulieferindustrien. Darüber hinaus setzt sich die Taskforce für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung insbesondere im Bereich Dual Use (also Entwicklungen, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können) sowie für Verteidigungs- und Rüstungsinnovationen ein.



Das Team der neuen Taskforce (v.l.): Monika Schuh, Wolfgang Hesoun, Erwin Hameseder, Peter Koren und Rechtsanwalt Georg Brandstetter.

Als Ergebnis wird die Taskforce ein politisches Aktionspapier vorlegen, das als Impuls für eine zukunftsgerichtete Sicherheits- und Industriepolitik auf nationaler und europäischer Ebene dienen soll. Den Vorsitz der Taskforce übernehmen Erwin Hameseder, Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbands, und Wolfgang Hesoun, Vorsitzender des IV-Infrastrukturausschusses und der AI-CAT. Die Projektleitung liegt bei IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Koordiniert wird die Taskforce von Christoph M. Schneider und Monika Schuh, IV.

Intelligente Daten für mehr Produktivität und Wertschöpfung

Beim ersten Treffen der KI-Taskforce der Industriellenvereinigung ging es um praxisnahe Beispiele zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch künstliche Intelligenz.

Ende Mai fand unter dem Vorsitz von Christoph Knogler, CEO der KEBA Group, und Thomas Arnoldner, Deputy CEO der AI Group, das erste Treffen der IV-Taskforce KI statt. Ziel der Taskforce ist es, gemeinsam mit ihren Mitgliedern als KI Ambassadors, Eintrittsbarrieren für Unternehmen zu reduzieren, zur Erhöhung des digitalen Reifegrads der Industrie beizutragen und das österreichische KI-Ökosystem zu stärken. Vor rund 90 Mitgliedern wurde anhand praxisnaher Use Cases aufgezeigt, welche Hebel der Einsatz von KI- und Datentechnologien für eine höhere Produktivität und gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie bietet.

Die Andritz AG präsentierte den Weg zur autonomen Fabrik, der durch



unternehmensübergreifende Kooperationen, digitale Plattformen und intelligente Instrumente, um Daten verfügbar und nutzbar zu machen, unterstützt wird. Die Novartis Pharmaceutical Manufacturing GmbH zeigte auf, wie moderne Technologien, eine fundierte Datenbasis und digitales Upskilling in der streng regulierten Pharmaindustrie Effizienz und Nachhaltigkeit fördern, etwa durch Chatbots und Plattformlösungen zur

Optimierung von Wissenstransfer, Produktionskontrolle und Lieferketten.

Ebenso wurden der Aufbau der AI Factory Austria und deren Potenziale für die KI-Entwicklung thematisiert. Entscheidend für deren Erfolg ist die aktive Einbindung von Unternehmen durch attraktive Angebote und eine klare Anwendungs- und Serviceorientierung. Dadurch kann ein wichtiger Impuls gesetzt

werden, denn österreichische Unternehmen sind beim Einsatz von Datentechnologien zwar fortgeschritten, der Fokus liegt jedoch noch oftmals auf Anwendungen wie Prozessabbildung und -prognose, weniger auf der Nutzung von Daten als Basis für die Entwicklung von KI-Lösungen.

Auch beim Advisory-Board-Meeting des Gaia-X Hub Austria Mitte Juni – erstmals in den Räumlichkeiten der IV – standen Datenlösungen und Data Spaces im Fokus. Diskutiert wurde unter anderem die Bedeutung sicherer und souveräner Dateninfrastrukturen für die europäische Aluminiumindustrie sowie das Forschungsprojekt Smart Fox, das die Effizienz der klinischen Forschung durch eine Zweitnutzung von Gesundheitsdaten steigern soll.

Life-Science-Unternehmen sind wichtige Standortbooster

Die Industriellenvereinigung hat gemeinsam mit den Industrieverbänden aus Dänemark (DI), Deutschland (BDI), Italien (Confindustria) und Frankreich (Medef) am 21. Mai im Europäischen Parlament die Veranstaltung „Strengthening EU, Innovation and Competitiveness through Life Sciences“ organisiert. Gehostet wurde diese von den Abgeordneten zum Europäischen

Parlament Letizia Moratti und Stine Bosse, die beide eine wesentliche Rolle in den Verhandlungen zur „Pharma Legislation“ – eine umfassende Revision des EU-Arzneimittelrechts – einnehmen. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von Unternehmen, des EU-Parlaments und der EU-Kommission zu wesentlichen Schwerpunkten zur Stärkung der Life Sciences. Die Unter-

nehmensseite wurde durch Hugh Pullen von Novartis sowie Vertreter von Pfizer, France Biotech und Miltenyi Biotec repräsentiert. Wichtige Industrieinteressen, etwa wettbewerbsfähige Schutzrechte, eine deutliche Stärkung der öffentlichen F&E-Investitionen, attraktive Rahmenbedingungen für klinische Studien und die Stärkung der Produktion in Europa, konnten erfolgreich positioniert werden.



Tag der Weiterbildung: KI als Hebel für Fachkräftesicherung

Der Tag der Weiterbildung stand heuer ganz im Zeichen von künstlicher Intelligenz – eine neue Studie der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung zeigt, dass das Thema in diesem Sektor angekommen ist.

Am 3. Juni fand der diesjährige Tag der Weiterbildung statt – organisiert von der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung, die als zentrale Akteurin des österreichischen Weiterbildungssystems Impulse setzt und die Vernetzung zwischen Praxis und Politik fördert.

Die Industriellenvereinigung war durch Gudrun Feucht, Bereichsleiterin Bildung & Gesellschaft, mit einer Keynote vertreten. Sie stellte klar: Weiterbildung ist kein Nebenschauplatz – sie ist ein strategisches Instrument zur Fachkräftesicherung, gerade in der Industrie. Künstliche Intelligenz kann dabei nicht nur als Thema, sondern auch als Werkzeug eine zentrale Rolle spielen: etwa durch individualisierte Lernpfade, digitale Rückmeldesysteme oder adaptive Schulungsmodelle.

Ein konkretes Beispiel dafür sind Micro-credentials – kompakte, zertifizierte Lernbausteine, die sich durch ihren modularen Aufbau, ihre hohe Praxisnähe und die Möglichkeit zur Integration in den Arbeitsalltag besonders gut für industrielle Fachkräfte eignen. Sie machen es möglich, Weiterbildungsprozesse kleinteilig zu strukturieren, gezielt an

betriebliche Bedarfe anzupassen und mit digitalen Nachweissystemen wie Badges auch überbetrieblich sichtbar zu machen.

Weiterbildung stärken, Umsetzung ermöglichen

Untermauert wird dies von der präsentierten „Weiterbildungsstudie 2025“ der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung, die aktuelle Einschätzungen von Unternehmen zum Weiterbildungsbedarf liefert: Die Hälfte der befragten Betriebe sieht Weiterbildung künftig als noch wichtiger als bereits bisher an; besonders hohe Relevanz wird den Themen künstliche Intelligenz, Future Technologies und IT-Kompetenzen zugeschrieben. Zudem zeigt sich ein positiver Trend in Richtung KI-Nutzung in der Weiterbildung: 37 Prozent der Unternehmen setzen sie bereits ein, ein Drittel plant den Einstieg. Auch die Budgetplanungen sind vielversprechend: 24 Prozent der Betriebe haben ihre Weiterbildungsbudgets für 2025 erhöht.

Diese Zahlen machen klar: Der Bedarf ist da – nun braucht es passende Rahmenbedingungen.

Regierungsprogramm 2025–2029: Rückenwind für zentrale Forderungen

Besonders erfreulich ist aus Sicht

der IV, dass viele der bildungspolitischen Anliegen, die im IV-Programm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ formuliert wurden, nun auch im aktuellen Regierungsprogramm aufgegriffen wurden. Dazu zählen die Entwicklung einer neuen Weiterbildungsstrategie im Rahmen der Fachkräftestrategie, die Novellierung des

Erwachsenenbildungsgesetzes sowie die Förderung digitaler und KI-gestützter Lernformate.

Die Weichen sind gestellt. Jetzt muss es an die Umsetzung gehen – mit Klarheit, Verbindlichkeit und einem echten politischen Fokus auf Weiterbildung als Zukunftsthema.



V.l.n.r.: Laszlo Kovacs, Daniel Noppinger, Christoph Wirl, Gudrun Feucht, Thomas Rochowansky, Monika Kovacs, Ulli Röhsner, Ruben Hetfleisch, Martin Röhsner, Christian Bayer.

Aktuelles in Kürze

Ausbildungsoffensive: Ein wichtiger Schritt für die Elementarpädagogik

Mit der im Juni 2025 beschlossenen Ausbildungsoffensive für die Elementarpädagogik greift die Bundesregierung zentrale Anliegen der Industriellenvereinigung auf. Die Investition von 32 Millionen Euro in die Ausbildung zukünftiger Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen ist ein wichtiger Schritt, um Qualität und Personalbasis im Kindergartenbereich zu sichern. Dass 4.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden und dabei auch berufsbegleitende Angebote sowie gezielte Fördermodelle für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im Fokus stehen, ist aus Sicht der IV ausdrücklich zu begrüßen.

Besonders positiv ist, dass dabei mehrere Ministerien zusammenwirken, um

tragfähige Lösungen zu entwickeln – etwa mit einem gemeinsamen Fördermodell zur finanziellen Unterstützung von Umsteigerinnen und Umsteigern. Auch die angekündigten Maßnahmen zur Aufwertung des Berufsbilds für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen – etwa durch eine verbesserte Berufsorientierung – sind ein wichtiges Signal.

Klar ist aber auch: Auf diese Initiative müssen weitere Reformschritte folgen. Die IV spricht sich weiterhin für bundesweit einheitliche Qualitätsstandards, einen klaren rechtlichen Rahmenplan und den flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuung ab dem ersten Lebensjahr aus. Die im



Regierungsprogramm verankerte und geplante Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Entscheidend wird sein, dass diese Maßnahmen langfristig wirken – und durch eine klare Umsetzung mit den Bundesländern getragen werden.

Wie das EAGLE-Projekt die Fachkräftemobilität verbessert

Ende Mai brachten die IV, die International Organisation for Migration (IOM) und die WKO Unternehmen, Politik und Verwaltung sowie Expertinnen und Experten zu Migrations- und Bildungsthemen im Rahmen einer Online-Veranstaltung zusammen, um Fragestellungen rund um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Kompetenzen vor allem aus der Unternehmensperspektive zu diskutieren.

Der Fachkräftemangel bleibt schon aufgrund der Demografie akut und wird sich mit der Erholung der österreichischen Wirtschaft wieder zuspitzen. Fachkräftezuwanderung ist dabei aus Sicht der IV unbestritten ein Teil der Lösung. Daher treibt die IV das zukunftssträchtige Konzept der „Skills-Mobilitätspartnerschaften“ (SMP) gemeinsam mit Partnern wie der IOM oder der WKO weiter voran, um Unternehmenserfahrungen zu teilen und

bereits in Entwicklung befindliche Lösungsansätze aufzuzeigen. Die IV unterstützt als Bindeglied zu österreichischen Unternehmen.

Vorgestellt wurde u. a. das von IOM und Bundeskanzleramt getragene und EU-finanzierte EAGLE-Projekt, mit dem das SMP-Konzept erstmals pilothaft umgesetzt wird. EAGLE ist eine Partnerschaft zwischen Österreich und Ägypten mit

Fokus auf metallverarbeitende Berufe im Transportsektor. 135 ägyptische Fachkräfte durchlaufen ein neunmonatiges Curriculum, das fachliche Weiterbildung, Deutsch- und Wertekurse bietet. Von ihnen sollen rund 100 dem österreichischen Arbeitsmarkt, die weiteren der ägyptischen Wirtschaft zur Verfügung stehen. Das Matching mit Unternehmen und die Integration in Österreich sind inhärente Teile des Projekts.

Taktgeber, Spitzenreiter, Champions

Österreich ist im Ranking der Wettbewerbsfähigkeit abgerutscht – höchste Zeit, ein Schlaglicht auf die Spitzenplätze zu werfen: Was kann Österreich lernen und in welchen Bereichen aufschließen, um wieder zu den europäischen Champions zu gehören?

Österreich bleibt heuer Wachstums-Schlusslicht in Europa. Das Mini-Wachstum des ersten Quartals ist zwar ein erster Lichtblick, im Vergleich zum Vorjahresquartal ist die Wirtschaft aber um 0,7 % geschrumpft. EU-Kommission und OECD prognostizierten Österreich im Frühjahr als einzigem Land in Europa ein Wachstumsminus für heuer – und auch, wenn heimische Ökonomen nun zunehmend von einem sehr kleinen Plus ausgehen, wird Österreich wohl Schlusslicht bleiben. Am anderen Ende der Skala der Wachstumsraten finden sich hingegen Länder wie Dänemark (+3,6 % laut EU-Kommission), Schweden (+1,1 % laut EU-Kommission) und die Schweiz (+1,1 % laut OECD). Im Schnitt wird die Wirtschaft in der EU heuer um 1,1 % wachsen.

„Wer auch in Zukunft verlässlich absichern will, braucht jetzt strukturelle Reformen statt Scheindebatten. Unser Ziel muss sein, das Pensionssystem langfristig tragfähig zu gestalten: durch eine Anhebung des gesetzlichen und des faktischen Antrittsalters, Anreizmodelle für längeres Arbeiten sowie eine Stärkung der kapitalgedeckten Vorsorge.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Das Lausanner Institut IMD bewertet einmal pro Jahr Länder in Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Österreich tritt in diesem Ranking auf niedrigem Niveau auf der Stelle: Wie schon 2024 verweist das IMD Österreich auf Rang 26 von 69

Ländern – 2007 lag Österreich auch schon einmal auf Platz elf. Selbst Deutschland, das in den vergangenen Monaten und Jahren mit ähnlichen Herausforderungen kämpft, hat im Jahresvergleich fünf Plätze gut gemacht und landet heuer auf Platz 19. Die Schweiz hat Singapur von Platz eins verwiesen; Dänemark liegt seit Jahren in den Top Five – heuer ist es Platz vier. Was machen andere Länder richtig und in welchen Bereichen sollte sich Österreich von den Zugpferden der europäischen Wirtschaft etwas abschauen?

Pensionen

Derzeit gibt Österreich 13,3 % seiner Wirtschaftsleistung für Pensionen aus, in Dänemark sind es nur rund 9,3 %. Warum? Weil dort rechtzeitig auf ein Drei-Säulen-Modell mit steuerfinanzierter Grundrente und starker Kapitaldeckung umgestellt wurde und das gesetzliche Antrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt ist. 2035 wird dadurch das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 69 Jahren liegen. In Österreich dagegen beruhen die Pensionsausgaben weiterhin fast ausschließlich auf dem umlagefinanzierten System und am gesetzlichen Pensionsantrittsalter wird trotz mahnender Ökonomen-Stimmen nicht geschraubt. In Dänemark stecken zudem über 200 % des BIP in kapitalgedeckten Pensionsplänen; Österreich liegt bei nicht einmal 7 % und muss dadurch einen weit höheren Anteil der Wirtschaftsleistung für die Pensionen aufwenden.

Energiekosten

Österreichische Unternehmen leiden nach wie vor unter vergleichsweise hohen Energiekosten: Der Industriestrompreis hat sich hierzulande zwischen dem ersten Halbjahr 2021 und dem zweiten Halbjahr 2024 mehr als verdoppelt und ist damit deutlich stärker gestiegen als im Eurozonen-Schnitt. Zur Entlastung wurde nun mit der Strompreiskompensation (SAG) ein wirksames und treffsicheres Instrument für die energieintensivsten Betriebe geschaffen – allerdings nur für die Jahre 2025 und 2026, nachdem die Kompensation bereits 2022 einmalig gewährt wurde. 15 andere EU-Länder – darunter Deutschland und Frankreich – haben das SAG bereits seit längerer Zeit bis

zum Jahr 2030 fest verankert, wodurch die dortigen betroffenen Unternehmen mehr Planungssicherheit haben. Auch in Deutschland ist der Industriestrompreis in den letzten Jahren stark gestiegen, dort wird aber spürbar gegengesteuert. So will sich Deutschland auch auf EU-Ebene für eine Ausweitung des SAG-Anwendungsbereichs beispielsweise auf Rechenzentren starkmachen. Die deutsche Bundesregierung plant zudem, für energieintensive Unternehmen im Rahmen der EU-beihilfenrechtlichen Möglichkeiten einen eigenen Industriestrompreis einzuführen. Auch hier kann ein Modell mit Vorbildwirkung für Österreich entstehen.

„Österreich steht in einem intensiven globalen Standortwettbewerb. Gute Absichten reichen nicht – ausschlaggebend sind Reformfähigkeit und Umsetzungskraft.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Lohnkosten

Insbesondere exportierende Unternehmen sind in Österreich durch die stark gestiegenen Lohnstückkosten unter Druck geraten. Lohnstückkosten zeigen, wie hoch die Arbeitskosten je produzierte Einheit sind, und sind damit ein entscheidender Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts. In den vergangenen Jahren sind sie in Österreich stärker gestiegen als an vergleichbaren EU-Standorten. Von 2019 bis 2025 prognostiziert die EU-Kommission eine prozentuelle Steigerung der heimischen Lohnstückkosten von 32,3 %, in der gesamten Eurozone sollen diese im selben Zeitraum nur um 22,5 % zulegen. Hintergrund sind einerseits die hohen Lohnnebenkosten und andererseits die hohen Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre.

Auch in Deutschland sind die Lohnstückkosten gestiegen, aber dank stärkerer Zurückhaltung bei den Lohnverhandlungen verhaltener als in Österreich. Gleichzeitig gibt es einige Länder in Europa, die eine deutlich niedrigere Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit haben – der „Abgabenkeil“ liegt in Österreich laut OECD bei 47 %, während die Schweiz bei nur 22,9 % liegt, die Niederlande bei 35,1 % und Dänemark bei 36,1 %.

Bürokratie und Verwaltung

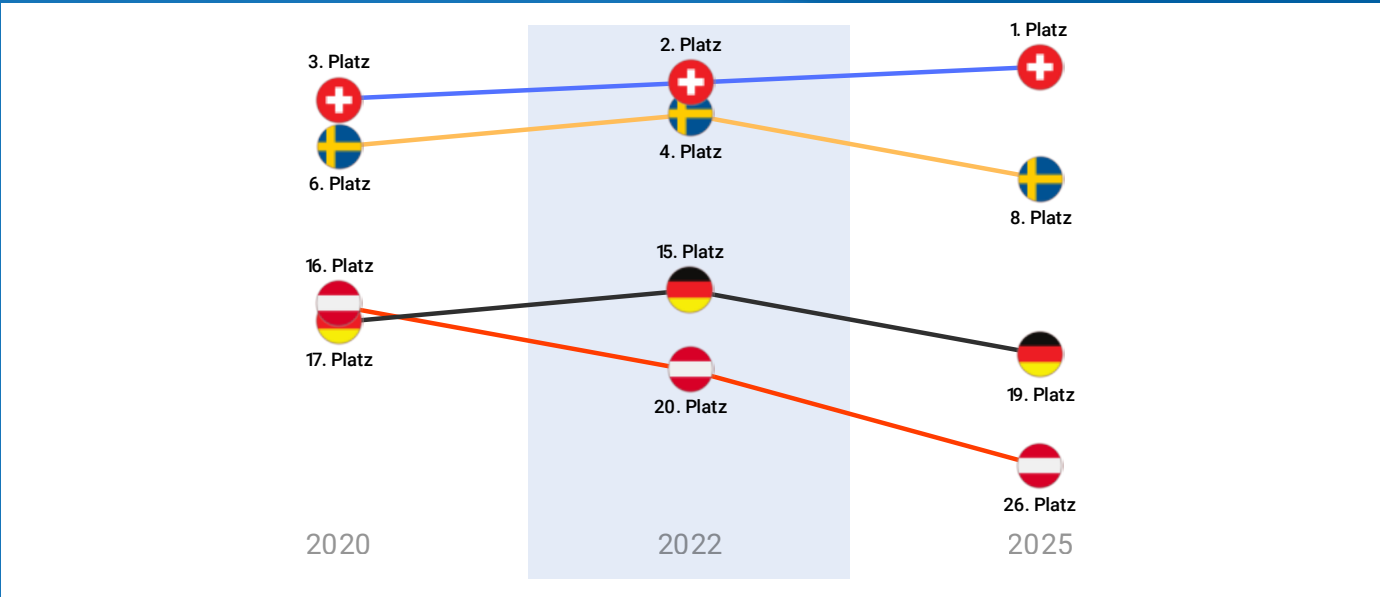
Der für 2023 erstmals erhobene Bürokratiekostenindex der Industriellenvereinigung macht die bürokratische Belastung von Unternehmen vergleichbar. Österreich landet dabei auf Platz elf. Spitzenreiter ist Finnland, gefolgt von weiteren skandinavischen und baltischen Ländern. Gleichzeitig zeigt eine Untersuchung der EU-Kommission, dass Dänemark mit umfassend digitalisierten und nutzerfreundlichen Verwaltungsdiensten zu den europäischen Vorreitern im Bereich E-Government gehört. Im „eGovernment Benchmark 2024“ landen die Dänen auf Platz fünf, während Österreich im EU-Vergleich zwar überdurchschnittlich ist, aber nur Platz zehn erreicht.

Neben der Digitalisierung kann sich Österreich auch bei der Vereinfachung der Verwaltung Vorbilder nehmen. Die Staatsausgabenquote liegt in Österreich bei 52,7 % des BIP, während sie in Dänemark von einem höheren Niveau vor zehn Jahren auf 46,8 % gesunken ist. Einerseits ist das durch Reformen bei den Sozialausgaben gelungen, andererseits liegt ein starker Hebel in der politisch-administrativen Struktur. Dänemark hat 2007 eine tiefgreifende Reform umgesetzt: Aus 271 Gemeinden wurden 98, aus 13 Kreisen fünf Regionen. Diese sind heute nicht steuerautonom, sondern effizient finanziert und klar zuständig. Das Ergebnis: vereinfachte Strukturen, weniger Reibungsverluste, geringere Kosten. In Österreich gibt es über 2.000 Gemeinden, 94 Bezirke, neun Länder, mit oft redundanten Kompetenzen, teuren Parallelstrukturen und unklarer Verantwortung. Laut Studien ließen sich allein durch bessere Kooperation oder Fusionen auf Gemeindeebene bis zu eine Milliarde Euro jährlich einsparen.



ÖSTERREICH VERLIERT AN WETTBEWERBS- FÄHIGKEIT

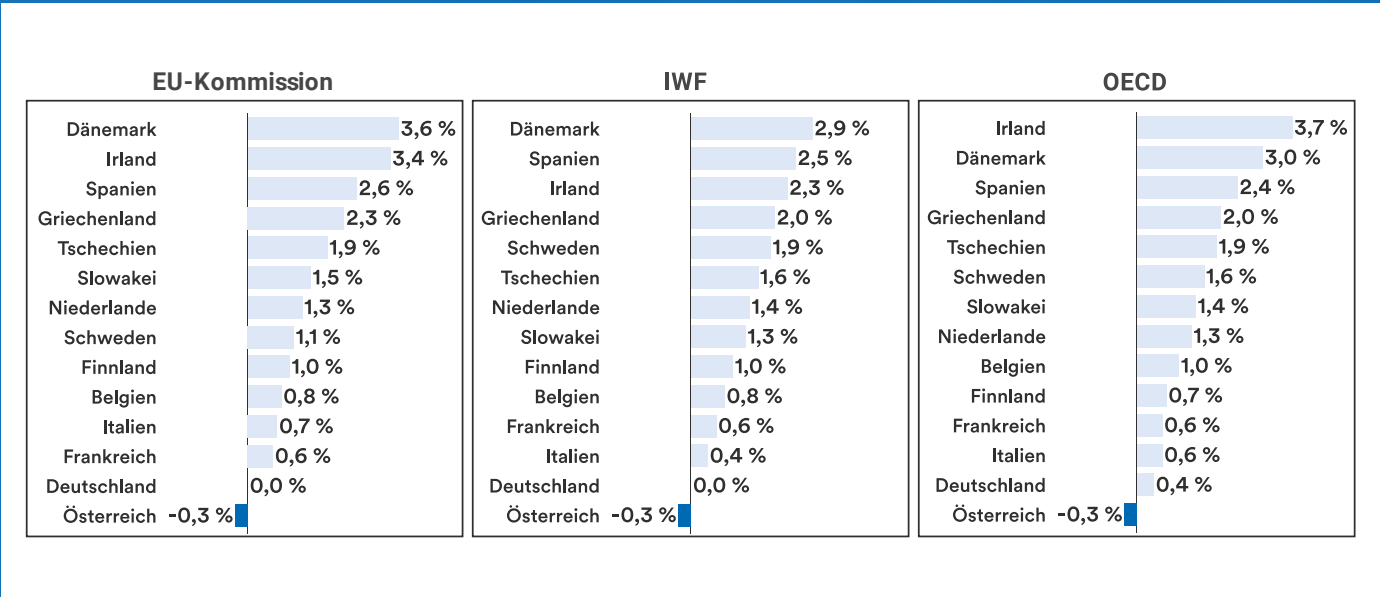
PLATZIERUNG IM IMD
WORLD COMPETITIVENESS
RANKING, AUSGEWÄHLTE
LÄNDER



Quelle: IMD – International Institute for Management Development

WIRTSCHAFTS- PROGNOSEN 2025: ÖSTERREICH ÜBERALL SCHLUSSLICHT

ENTWICKLUNG DES REALEN
BRUTTOINLANDSPRODUKTS
AUSGEWÄHLTER LÄNDER
IM JAHR 2025 (PROGNOSEN),
IN PROZENT



Quelle: Europäische Kommission, IWF, OECD

Österreich erhöht ESA-Beitrag: Raumfahrt als Zukunftsbranche

Österreichische Unternehmen haben in der Weltraumwirtschaft schon jetzt eine starke internationale Position und sind in diesem Bereich auch Wegbereiter für andere Branchen.



V.l. n. r.: Josef Aschbacher, Karin Tausz, Sabine Herlitschka und Dieter Grebner.

Österreichs Beitrag zur europäischen Weltraumforschung soll für die kommenden drei Jahre von zuletzt 261 Millionen Euro (2023–2025) auf bis zu 320 Millionen Euro steigen. Die Weltraumforschung sei eine „Trägerrakete für den Standort Österreich“, sagte der zuständige Infrastrukturminister Peter Hanke. Die österreichische Industrie ist auf eine Stärkung dieses Bereichs gut vorbereitet: „Österreich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine starke internationale Position in spezifischen

Bereichen wie Satellitenkomponenten, Weltraumforschung und Quantenkommunikation erarbeitet“, erklärte IV-Vize-Präsidentin Sabine Herlitschka anlässlich eines Pressegesprächs von FFG, ESA, IV und Austrospace sowie eines CEO-Brunchs zu Österreichs Weltraumbranche in Wien. Die Erhöhung des ESA-Beitrags bringt Unternehmen erste Klarheit für künftige Investitionsentscheidungen. „Österreichs ESA-Beitrag ist eine Investition, bei der das Geld vierfach zurückkommt – umso mehr freuen wir uns, dass Bundesminister

Hanke den ESA-Beitrag auf bis zu 320 Millionen Euro erhöht“, so Karin Tausz, FFG-Geschäftsführerin.

150 Unternehmen und Forschungseinrichtungen

Auch die Zahlen zeigen die Bedeutung der Weltraumwirtschaft für Österreich: Die gesamte Bruttowertschöpfung der 150 Unternehmen und Forschungseinrichtungen der österreichischen Weltraumwirtschaft betrug 2024 fast 200 Millionen Euro. Die Weltraumwirtschaft trägt in Österreich zu einem sozioökonomischen Nutzen von geschätzt über einer Milliarde Euro pro Jahr bei. „Dabei ist einem diese Technologie näher, als man vielleicht meint – man denke nur an die Satellitennavigation, die in jedem Smartphone verbaut ist, oder an Satellitenfernsehen und Wettervorhersagen“, so Herlitschka.

Die Weltraumwirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und von internationaler Vernetzung und Zusammenarbeit abhängig. Auch Josef Aschbacher, Generaldirektor der ESA, erklärte: „Ich freue mich sehr, wieder in Wien zu sein. Die Industrie ist eine treibende Kraft in Österreich und Europa; der Raumfahrtsektor wächst weltweit und Europa hat ein enormes Potenzial und ist sehr attraktiv. Österreich kann stolz sein.“

Weitere Investitionen nötig, um alle Potenziale zu heben

Dieter Grebner, Präsident von Austrospace und Geschäftsführer von Peak Technology, mahnt: „Angesichts der geopolitischen Lage und unserer Abhängigkeit von den USA muss Europa endlich skalieren. Österreichs Weltraumwirtschaft bietet enormes Potenzial – während die Gesamtwirtschaft inflationsbereinigt schrumpft, wächst der globale Weltraumsektor um zehn Prozent jährlich. Technologiepolitisch gibt es keinen besseren Ort für Investitionen“, so Grebner. „Österreich muss bei der ESA-Ministerratskonferenz 2025 konsequent das Zwei-Prozent-Ziel verfolgen – mit einer Zeichnung von 500 Millionen Euro. Nur so sichern wir Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land.“



Sabine Herlitschka ist Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung.

Aktuelles in Kürze

IV ist Industrial Partner bei den Technology Talks Austria 2025

„Boosting Competitiveness. The Power of Research and Innovation“ lautet das Leitthema der diesjährigen Technology Talks Austria, die am 11. und 12. September back to back mit dem FFG-Forum am 10. September im Museumsquartier Wien stattfinden. Wesentliches Ziel ist es, Themen wie Produktivität und Digitalisierung, Technologieführerschaft, Ressourcen und Resilienz zu diskutieren und daraus Schlussfolgerungen für die europäische, nationale und regionale FTI-Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu ziehen.

Auch heuer organisiert die IV über den vffi einen hochkarätigen Workshop unter dem Titel „European Innovation Ecosystems – Key to Powerful & Strategic Value Chains“, bei dem hochrangige Gäste aus Wirtschaft, EU-Politik und Wissenschaft die wichtige Rolle kooperativer F&E-Netzwerke sowie notwendige EU-politische Maßnahmen zur Stärkung von F&E in Europa thematisieren.

Anmeldung:
tickets.technologytalks.ait.ac.at



Jede achte Schule in Österreich ist eine MINT-Schule!



Ausgezeichnete MINT-Kindergärten und -Schulen.

Mit der MINT-Gala strebte die neunte Ausschreibung des MINT-Gütesiegels ihrem Höhepunkt im Haus der Industrie in Wien entgegen. Im Rahmen der feierlich-dynamischen Verleihung erhielten 130 neue Bildungseinrichtungen die begehrte Auszeichnung und wurden damit zu zertifizierten „MINT-Kindergärten“ und „MINT-Schulen“. In Summe sind derzeit 794 Bildungseinrichtungen in ganz Österreich berechtigt, das MINT-Gütesiegel zu führen. Sie werden damit nicht nur zu leuchtenden Vorbildern für andere, sie unterwerfen sich auch einem stetigen Qualitätsentwicklungsprozess für begeisterndes Lernen und Lehren in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). „MINT

rückt immer stärker in den Fokus unserer Gesellschaft – wegducken bringt daher nichts, wenn es um Technik geht. Es geht darum, mutig zu sein und verantwortungsvoll mitzugestalten. Dann können wir auch mitentscheiden, wie die Welt von morgen aussehen wird“, so IV-Präsident Georg Knill, der gemeinsam mit Bundesminister Christoph Wiederkehr, Vizerektor Norbert Kraker (PH Wien) und Veronika Säckl (Wissensfabrik Österreich) die Ehrungen vornahm, denen viele prominente Gäste aus Bildung, Wissenschaft, Unternehmen und der Medienwelt beiwohnten.

Weitere Infos:
www.mintschule.at

Delegationsreise der Jungen Industrie zur EXPO nach Japan

Technologie trifft Tradition: Einblicke in eine faszinierende Industrielandschaft.



Im Rahmen einer Delegationsreise begab sich der erweiterte Bundesvorstand (Leaders Circle) der Jungen Industrie auf eine spannende und intensive Reise nach Japan. Von 12. bis 16. Mai hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, sowohl die japanische Kultur als auch die Industrie in Japan kennenzulernen. Neben Betriebsbesichtigungen und Netzwerktreffen im offiziellen Rahmen stand insbesondere der Besuch der diesjährigen Weltausstellung auf dem Programm.

Täglich strömen zu diesem Anlass um die 140.000 Besucher auf die Insel Yumeshima, die zehn Kilometer vom Zentrum Osakas entfernt eigens für die EXPO aufgeschüttet wurde. Umrundet von der größten Holzkonstruktion der Welt präsentieren rund 158 Nationen und Regionen kulturelle Highlights und visionäre Innovationen unter dem Motto „Designing Future Society for our Lives“. Besonders beeindruckend war der Besuch des Österreich-Pavillons, der die japanisch-österreichische Freundschaft in den Mittelpunkt stellte und durch neuartige Konzepte beeindruckte.

Nach individueller Anreise startete das offizielle Programm mit einer ersten gemeinsamen Sightseeing-Tour durch Tokio. Beim Mittagessen in einem traditionellen japanischen Lokal – stilecht barfuß – stand ein Kennenlernen mit der österreichischen Wirtschaftsdelegierten Christina Schösser auf dem Programm. In einem offenen Austausch

bekamen die Teilnehmer spannende Einblicke in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Österreich sowie in die Herausforderungen und Chancen für europäische Unternehmen im asiatischen Raum.

Im Rahmen von zwei Betriebsbesichtigungen konnten sich die Teilnehmer dann selbst ein Bild von der japanischen Industrie machen: In Nagano ging es zu Resonac Graphite, einem der führenden Hersteller von Graphitelektroden, die eine Schlüsseltechnologie für Stahlrecycling-Prozesse und die Reduktion von CO₂-Emissionen darstellen. Vor Ort überzeugte besonders die innovative Verbindung von Hightech-Fertigung mit nachhaltiger Regionalentwicklung – ein Modell, das Impulse für Europa geben kann.

Zudem hatten die Mitreisenden die Gelegenheit, den Konzern Daihatsu Infinearth (vormals Daihatsu Diesel) von innen kennenzulernen. Am Standort in Himeji werden moderne Antriebssysteme für unter anderem die Großschifffahrt produziert und für den internationalen Export vorbereitet.

Die Reise endete mit vielen neuen Eindrücken, intensiven Gesprächen und wertvollen Kontakten – ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig internationale Vernetzung, Wissensaustausch und persönliche Begegnungen für die Zukunft der Industrie sind. Ein herzliches Dankeschön an alle, die diese Reise möglich gemacht haben!



Zwischen Stillstand und Präzision

Was wir von Japan lernen können.

Japan – das Land der Hochtechnologie, der Roboter, der „Bullet Trains“: Das Image des innovationsfreudigen Landes sitzt tief. Doch der Eindruck, den man bei einer Delegationsreise vor Ort gewinnt, ist ein differenzierter: Ja, Technik ist allgegenwärtig, doch unter der glänzenden Oberfläche zeigt sich ein gewisser Stillstand. Man verlässt sich zu oft auf die Errungenschaften vergangener Jahrzehnte. Das Motto lautet: Solange es funktioniert, muss es nicht verändert werden.

Diese Haltung birgt eine Gefahr – für Japan ebenso wie für uns in Europa: Stillstand ist kein neutraler Zustand, er ist der erste Schritt zurück. Innovation braucht nicht nur technologische Grundlagen, sondern auch den Mut, eingetretene Pfade zu verlassen; den Mut, Bestehendes zu hinterfragen, auch wenn es noch funktioniert. In Österreich müssen wir genau diesen Mut wiederfinden. Innovation ist kein Risiko, sondern unsere Chance auf Fortschritt, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Wohlstand.

Trotzdem lässt sich von Japan vieles lernen – vor allem im gesellschaftlichen Miteinander: Rücksichtnahme, Disziplin, Höflichkeit (im zwischenmenschlichen Umgang ebenso wie im öffentlichen Raum) sind tief in der Kultur verankert. Das beginnt bei der Selbstverständlichkeit, im Zug nicht zu telefonieren, und endet bei der Sauberkeit öffentlicher Räume.

Auch industriell gibt es Bereiche, in denen Japan Maßstäbe setzt – Lean Management wird in vielen Unternehmen konsequent gelebt; in der Logistik, vor allem im öffentlichen Verkehr, zeigt sich eindrucksvoll, wie Effizienz, Zuverlässigkeit und Nutzerfreundlichkeit miteinander funktionieren können.

Davon ist Europa noch weit entfernt. Wir brauchen hier keine Weltverbesserer, sondern Bahn- und Infrastrukturverbesserer. Wir brauchen Investitionen in das, was den Alltag der Menschen tatsächlich verändert: schnellere Verbindungen, verlässliche Takte, durchdachte Knotenpunkte. Das ist keine große Vision, aber vielleicht genau die Art Pragmatismus, die wir uns abschauen sollten. Und dazu vielleicht auch ein kleines bisschen mehr Achtsamkeit im Miteinander.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie





Aufbruch Oberösterreich

Beim Industrie-Empfang 2025 stand Thomas Bründl als neuer Präsident der IV OÖ im Mittelpunkt. Land und IV stellten eine Exzellenzstrategie für Künstliche Intelligenz vor.

Am Beginn seiner Rede stand der Dank Bründls an seinen Vorgänger Stefan Pierer für neun Jahre Einsatz im Präsidium der IV OÖ, seit 2016 als Vizepräsident und seit 2022 als Präsident.

Der Appell des neuen Präsidenten war unmissverständlich: „Was ist in den letzten Jahren passiert? Wir haben uns aus dem Markt gepreist, die Wettbewerbsfähigkeit ist uns abhandengekommen. Bründl verglich die Lage mit einem Flugzeug

im Sinkflug. Als ehemaliger Berufspilot weiß er: Reaktionsverzögerung ist keine Option. Er analysierte die strukturellen Schwächen Österreichs nüchtern: hohe Lohn- und Energiekosten, wachsendes Budgetdefizit trotz Rekordsteuern, ineffizienter Föderalismus und ein gesellschaftlicher Trend zu Teilzeit und Frühpension. Besonders kritisch äußerte er sich zur Energiepolitik: „Ich kann schwer jemandem erklären, dass wir mit abgeschriebenen Kraftwerken beim Strompreis zu den teuersten Ländern Europas zählen.

Bründl plädierte auch für mehr marktwirtschaftliches Denken: „Die Marktwirtschaft regelt ohne Emotionen, ob etwas gut ist oder nicht. Technologie, die sich nicht durchsetzt, verschwindet.“

Der Abend stand ganz im Zeichen des Aufbruchs. Oberösterreich muss seine Position als industrielle Spitzenregion trotz der massiven bundespolitischen Standortprobleme aufrechterhalten. Die hohe Innovationskompetenz Oberösterreichs muss gerade wegen des überdurch-

schnittlichen Kostenanstiegs wieder in entsprechende Produktivitätssteigerungen am Standort umgewandelt werden. Oberösterreichs Stärke in Künstlicher Intelligenz, Robotik und Automatisierung in der Spitze braucht für die Entfaltung ihrer vollen Wirksamkeit am Standort KIFähigkeiten und KI-Bewusstsein in der gesamten Breite der Bevölkerung. Eine Exzellenzinitiative wird dieses Ziel mit Leben erfüllen, damit die Metamorphose Oberösterreichs für eine erfolgreiche Zukunft gelingt.



Keynote – Univ.-Prof. Dr. Teodoro Cocca, Univ.-Prof. Dr. Meinhard Lukas.



Moderatorin Nina Kraft, Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, IV Präsident Georg Knill



Univ.-Prof. Dr. Meinhard Lukas, Univ.-Prof. Rector Dr. Stefan Koch.



IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl, DI Stefan Pierer (Pierer Mobility).



DI Ernst Brunbauer (Lenzing Papier GmbH), Mag. Gerhard Luftensteiner (KEBA Group AG), Dr. Gerhard Dimmler (ENGEL Holding GmbH), Ing. Christoph Knogler, MBA (KEBA Group AG)



Mag. Peter Sticht (STIWA Holding GmbH), Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner, Dr. Martin Bergmann (Hueck Folien GmbH).



Das neue Präsidium der IV OÖ: DI F. Peter Mitterbauer (Miba AG), Mag. Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius), IV OÖ Präsident Thomas Bründl, DI Herbert Eibensteiner (voestalpine) und IV OÖ Geschäftsführer DI Dr. Joachim Haindl-Grutsch



Flugzeug wieder in den Steigflug bringen

Im Vorfeld des Industrieempfanges präsentierte das neu gewählte Präsidium der IV OÖ sieben standortpolitische Schwerpunkte um wieder durchzustarten.



„Wir müssen
jetzt rasch
reagieren“

Thomas Bründl,
IV OÖ Präsident

In den letzten drei Jahrzehnten konnte Europa von günstigen Rahmenbedingungen enorm profitieren. „Die USA hat uns militärisch verteidigt, billige Energie kam aus Russland und der Export nach China florierte. 30 Jahre Urlaub von der Geschichte“ sind vorbei. Unser Wohlstandsmodell steht auf dem Spiel“, leitete der neue IV OÖ Präsident Thomas Bründl das Pressegespräch nach seiner Wahl im Rahmen der Ordentlichen Vollversammlung ein.

Das aktuelle Geschäftsmodell von Österreich – Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum und im Spitzenfeld bei Steuerquote und Standortkosten – wird keinen nachhaltigen Erfolg haben. Eine chronische Stagnation der Wirtschaft, wie sie Japan oder Italien über Jahrzehnte erleben mussten, droht. Der Standort Österreich hat strukturelle Probleme:

1. Die hohen Personalkostensteigerungen bei sinkender Produktivität führten zu einem starken Anstieg der Lohnstückkosten, die international nicht mehr wettbewerbsfähig sind.
2. Die Energiekosten sind in Österreich hoch, trotz abgeschriebener Donaukraftwerke und einem der weltweit höchsten Anteile an erneuerbarer Stromerzeugung aufgrund des Merit-Order-Prinzips.
3. Österreich hat die höchsten Sozialausgaben im Verhältnis zum BIP der Welt, die zweithöchsten Staatseinnahmen in der EU und trotzdem ein massives Budgetdefizit und eine stark steigende Staatschuldenquote von 85 Prozent. Wir schütten immer mehr Steuergeld in ein Fass mit vielen Löchern.
4. Der Austro-Föderalismus ist teuer und ineffizient. Die Aufgaben- und Einnahmenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss reformiert werden.
5. Österreich ist ein Teilzeit- und Frühpensionsland, welches Leistung nicht belohnt.
2. Ein Steuersystem, das Leistung belohnt und mehr Marktwirtschaft ermöglicht. Mit Teilzeit, Frühpension und Staatswirtschaft kann der Wohlstand in Österreich nicht erhalten werden.
3. Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort. Die Industrie kämpft in der Weltmeisterschaft und muss sich im globalen Wettbewerb durchsetzen. Die Politik muss die Standortattraktivität rasch wieder erhöhen.
4. Ein verlässliches Energiesystem mit wettbewerbsfähigen Preisen und europäischen Technologien. Die energieintensive Industrie steht am Beginn der Wertschöpfungsketten, die schleichende Abwanderung wegen hoher Energie- und CO2-Kosten muss vermieden werden. Die Transformation des Energiesystems muss in europäischer Abstimmung und mit europäischen Technologien gelingen.
5. Eine führende Rolle bei Künstlicher Intelligenz. Die intelligente Vernetzung von KI und Robotik ermöglicht effizientere Fertigungsprozesse, individualisierte Produktion und technologischen Vorsprung. KI-Bewusstsein und -Anwendungsfähigkeiten sind in der Breite der Bevölkerung notwendig.
6. Eine exzellente MINT-Ausbildung von der Lehre bis zu den Hochschulen. Absolventen der Ingenieur-, Computer und Naturwissenschaften sind das technologische Rückgrat und die Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Industriestandort.
7. Technologieführerschaft mit Forschungs- und Investitionsanreizen am Standort. Das österreichische System der technologieoffenen Forschungsförderung muss erhalten bleiben, die heimischen Hochschulen müssen in wichtigen Zukunftsthemen in Grundlagen- und angewandter F&E abgestimmt weiterentwickelt werden.

„Die Bundesregierung muss jetzt reagieren, um das Flugzeug wieder in den Steigflug zu bringen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Österreich hat in den letzten Jahren den Fokus verloren, was wirklich wichtig für den Erfolg ist. Neue Wege sind notwendig bei der Governance, beim Einsatz der Künstlichen Intelligenz zur Automatisierung der Industrie, bei der Qualifikation der Menschen und bei Forschung und Entwicklung“, so Bründl.

Für den Aufbruch braucht es:

1. Einen schlanken Staat mit sinkender Steuer- und Abgabenquote. Stark steigende Personal-, Energie- und Bürokratiekosten erhöhen die Lohnstückkosten und führten zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich. Eine Verschlinkung ist unumgänglich.

sation für die Jahre 2025 und 2026 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, sie bringt eine zumindest temporäre Entlastung für heimische energieintensive Unternehmen, die aufgrund hoher Energie- und CO2-Kosten mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen konfrontiert sind. Um langfristige Planungssicherheit zu schaffen, braucht es jedoch auch eine Perspektive über 2026 hinaus, wie etwa eine Ausweitung der Strompreiskompensation bis zumindest 2030“, sagte Vizepräsident Herbert Eibensteiner im Rahmen der PK.

„Die Zukunft Europas und Österreichs liegt in Innovation, Automatisierung und nachhaltiger Technologieentwicklung. Investitionsanreize für Bürger und Unternehmen würden kurzfristig für einen Stimmungsumschwung sorgen und die Zuversicht in den Standort Österreich wieder steigern. Stop-and-Go-Förderungen sind jedoch Gift für den Markt und die Unternehmen, Stabilität und Kontinuität sind entscheidend“, betonte Vizepräsidentin Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß. „Die Forschungsförderung ist nach wie vor ein Standort-Asset Österreichs. Sie muss technologieoffen und möglichst unbürokratisch organisiert sein. Nicht der Staat sondern der Markt identifiziert die Gewinner der Zukunft.“

„Künstliche Intelligenz (KI) revolutioniert die industrielle Produktion. Oberösterreich hat mit Professor Hochreiter und seinem Team sowie den entsprechenden Studienrichtungen an der JKU einen international sichtbaren Hot-Spot für KI. Es muss uns gelingen, KI in die industriellen Produktionsprozesse und Produkte zu integrieren, um damit die Zukunft des Industriestandortes Oberösterreich abzusichern. Die intelligente Vernetzung von KI und Robotik ermöglicht effizientere Fertigungsprozesse, individualisierte Produktion und technologischen Vorsprung. Dies gilt insbesondere für die Fahrzeugindustrie, die für Europa und insbesondere für Deutschland und Österreich von zentraler Bedeutung sind“, meinte Vizepräsident F. Peter Mitterbauer.

„Die Einführung der Strompreiskompensation